

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Günther Friedrich Nolting, Ulrich Irmer, Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Marita Sehn, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur Lage im Nahen Osten

Mit jedem Terroranschlag und mit jeder militärischen Gegenaktion wird der Graben aus Hass und Feindschaft im Nahen Osten tiefer, wird der Weg zum Frieden versperrt. Dabei müssten beide Seiten wissen: Zum friedlichen Miteinander gibt es keine Alternative. Ein unabhängiger Palästinenserstaat kann aber ebenso wenig herbeigebombt werden wie die Spirale der Gewalt durch Gegengewalt zurückgeschraubt werden kann. Trotz der vielen Vermittlungsversuche haben sich die Fronten zwischen beiden Seiten in letzter Zeit weiter verhärtet. Gefordert ist daher jetzt massiver internationaler Druck, um den Friedenswillen der Konfliktparteien zu erhöhen. Das Madrider Treffen zwischen UNO, Russland, Europäischer Union und den USA war hierfür ein guter Ansatz.

Nie zuvor haben sich so viele internationale Akteure um eine Streitschlichtung im Nahen Osten bemüht. Nicht nur die besondere Rolle der Vereinten Nationen und der Vereinigten Staaten in dieser kritischen Phase, auch das Engagement der Europäischen Union und Russlands zeigen, dass sich die maßgeblichen Kräfte der internationalen Staatengemeinschaft für eine Konfliktlösung einsetzen. Dies ist eine bislang einmalige Chance, die genutzt werden muss.

Die jüngste Mission von US-Außenminister Colin Powell hat gezeigt, dass selbst die einzige verbleibende Supermacht nicht in der Lage ist, einen Ausweg aus der verfahrenen Situation zu finden. Eine umfassende konzertierte Aktion aller maßgeblichen Akteure der Staatengemeinschaft ist daher dringend geboten. Dabei stehen auch die arabischen Nachbarn Israels in der Verantwortung.

Voraussetzung für eine internationale Absicherung einer Nahost-Friedensregelung ist aber zunächst ein Ausstieg aus der Logik der Gewalt. Doch auch ein tragfähiger Waffenstillstand und eine international abgesicherte Koexistenz eines palästinensischen und eines israelischen Staates allein bilden noch kein belastbares Fundament für dauerhaften Frieden. Die tief sitzende Erbfeindschaft zwischen Israelis und Palästinensern kann nur durch langfristige vertrauensbildende Maßnahmen und grenzübergreifende Zusammenarbeit abgebaut werden.

Der KSZE/OSZE-Prozess hat einen ganz zentralen Beitrag zur Überwindung des Ost-West-Konfliktes und damit zur Wiederherstellung der deutschen Einheit und zur europäischen Integration geleistet. Die Schlussakte von Helsinki, die Charta von Paris und die Europäische Sicherheits-Charta haben Grundlagen für das Zusammenleben von Staaten und Völkern in Europa geschaffen, die sich über Jahrzehnte feindlich gegenüberstanden. Auch der Nahe Osten braucht dringend einen derartigen, von der internationalen Staatengemeinschaft unterstützten Prozess der regionalen Vertrauensbildung, auf dessen Grundlage eine Sicherheitsarchitektur entworfen werden kann, die das friedliche Zusammenleben von Arabern und Israelis in der Region sicherstellt. Als Land, dessen Geschichte in besonderer Weise vom KSZE/OSZE-Prozess geprägt wurde, sollte Deutschland sowohl im Rahmen der Europäischen Union als auch im Rahmen der Vereinten Nationen hierfür eine Initiative ergreifen.

Nachdem die Bundesregierung dies zunächst als illusorisch und unrealistisch verworfen hatte ist sie nunmehr selbst zu der Erkenntnis gelangt, dass durch einen KSZNO-Prozess eine Perspektive für einen tragfähigen Frieden und gute Nachbarschaft in der Region eröffnet werden könnte. Diese Einschätzung wird übrigens zunehmend auch von den Konfliktparteien selbst geteilt. Eine belastbare Friedensregelung im Nahen Osten geht weit über die Absicherung der staatlichen Existenz von Israelis und Palästinensern hinaus. Gute Nachbarschaft in der Region wird nur durch ein tragfähiges Netzwerk politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit, durch Sicherheitspartnerschaft und durch kulturellen Austausch zu erreichen sein. Sie muss Antworten finden auf die drängenden sozialen, ökonomischen und vor allem auch auf die ökologischen Zukunftsfragen.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

1. ungeachtet der fortdauernden Bemühungen um einen Waffenstillstand und ausgehend von dem Erfolgsmodell KSZE/OSZE, mit dem die Spaltung Europas überwunden werden konnte, bereits jetzt eine Initiative für eine internationale Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten zu ergreifen (KSZNO), an deren Ende eine belastbare Friedensregelung für die gesamte Region stehen sollte;
2. sich in Absprache mit den Partnern in der Europäischen Union, insbesondere mit der spanischen Präsidentschaft, über eine derartige Initiative der EU unter Federführung des Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Ziel zu verständigen, sie als gemeinsamen europäischen Vorschlag in die Gespräche mit den Vereinten Nationen, den USA und Russland sowie mit den Konfliktparteien und ihren arabischen Nachbarn einzubringen;
3. dafür Sorge zu tragen, dass den Vereinten Nationen und ihrem Generalsekretär, Kofi Annan, eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung einer derartigen KSZNO-Initiative zufällt;
4. sich in diesem Sinne gemeinsam mit den EU-Partnern auch für eine Empfehlung des VN-Sicherheitsrates einzusetzen, mit der der Rahmen für einen derartigen KSZNO-Prozess und die in ihm enthaltenen vertrauensbildenden Maßnahmen (Abrüstung und Rüstungskontrollverträge, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung, Frühwarnung, wirtschaftliche und ökologische Zusammenarbeit etc.) festgelegt werden.

Berlin, den 24. April 2002

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion